

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Altersteilzeit - Ausbildungsstellen -
WWU - Transatlantischer Handel - Rußland**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1997) : Kurz kommentiert: Altersteilzeit - Ausbildungsstellen - WWU - Transatlantischer Handel - Rußland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 7, pp. 373-374

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137499>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Altersteilzeit Geringe Resonanz

Nur zögernd wird das Altersteilzeitgesetz vom August 1996, das an die alte, allzu großzügig bemessene Frührentenregelung anschließt, in der Praxis angewendet. Allein auf der gesetzlichen Basis ist Altersteilzeit für Arbeitnehmer, weil mit großen Einbußen bei der Rente verbunden, kaum attraktiv. Tarifliche Aufstockungen waren daher von Bundesregierung und Tarifparteien, die sich über das Gesetz verständigt hatten, von Anfang an beabsichtigt. Bisher sind aber nur wenige Vereinbarungen zustande gekommen, so etwa in der Chemieindustrie, im Versicherungsgewerbe und bei VW.

Ein gravierendes Hemmnis für die Einführung von Altersteilzeit ist die strenge Auflage der Wiederbesetzung der frei werdenden halben Stelle. Außerdem kann Altersteilzeit für Arbeitgeber teuer werden, wenn tariflich erhebliche zusätzliche Rentenbeiträge vorgesehen sind; bei VW werden die Kosten je Teilnehmer insgesamt auf 150 000 DM geschätzt. Hohe Kosten haben auch im Metallbereich eine tarifliche Altersteilzeit-Vereinbarung verhindert. Die Zurückhaltung der Tarifparteien hängt aber wohl auch damit zusammen, daß über die alte Regelung schon eine große Zahl älterer Arbeitnehmer freigesetzt wurde.

All dies spricht dafür, daß die Teilnehmerzahl weiter sehr gering bleiben wird. So ist auch nicht mit merklichen Arbeitsmarkteffekten zu rechnen. Wahrscheinlich wird eine kleine Zahl Auszubildender nach Beendigung der Lehre zusätzlich weiterbeschäftigt werden können. Solche gesetzlichen und tariflichen Regelungen, die nur sehr wenigen Beschäftigten zugute kommen, zugleich aber in Betrieben und Verwaltungen viel Aufwand erfordern, sind ein überflüssiges Ergebnis korporatistischer Politik. Die Tarifparteien sollten sich, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, besser auf eine Flexibilisierung der Entgelte konzentrieren, und die Bundesregierung sollte gesetzliche Hemmnisse abbauen. is

Ausbildungsstellen Dringender Reformbedarf

Die Lage am Ausbildungsstellenmarkt hat sich in den letzten Jahren stetig leicht verschlechtert. Auch 1997 werden wahrscheinlich kaum mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen werden als 1996. Da die Zahl der Schulabgänger und damit auch der Bewerber

wächst, bleiben wiederum mehr Jugendliche, insbesondere Hauptschüler, ohne Lehrstelle. Für diese Entwicklung gibt es eine Vielzahl von Ursachen. Unter anderem haben gestiegene Ausbildungskosten durch starke Anhebungen der Vergütungen und, teilweise damit verbunden, kürzere Anwesenheitszeiten der Auszubildenden in den Unternehmen aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen die Ausbildungsbereitschaft gehemmt. Hinzu kommt, daß zunehmend Bewerber den durch neue Techniken erhöhten schulischen Anforderungen nicht genügen.

Um rasch die Schaffung neuer Lehrstellen zu fördern, sollten die Tarifparteien, wie von BDA-Präsident Hundt vorgeschlagen, Öffnungsklauseln in ihre Verträge aufnehmen, die bei zusätzlichen Ausbildungsplätzen eine Bezahlung unter Tarif ermöglichen. Wirksamer noch wären Vereinbarungen über ein Einfrieren oder eine temporäre Absenkung der Ausbildungsvergütungen. Sofort umgesetzt werden müßte die beschlossene Reorganisation des Berufsschulunterrichts, damit die Auszubildenden länger im Unternehmen sind. Niedersachsen praktiziert dies schon, offensichtlich mit merklichem Erfolg. Um Schulabgängern mit mäßigen Noten eine Ausbildung zu ermöglichen, sollten – ähnlich wie vom Bundesforschungsminister gefordert – Berufe mit hohem Anteil praktischer Qualifikationen und solche mit Stufenausbildungen, die schon nach zwei Jahren einen ersten Abschluß bieten, beschleunigt eingeführt werden. sp

WWU Euro-Dissonanzen

Während sich eine Reihe von EU-Ländern redlich und eher still bemüht, im Wege „kreativer Buchhaltung“ die Aufnahmebedingungen in die Dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) doch noch zu schaffen, kommt es in der Frage der Interpretation der Konvergenzkriterien zwischen den Hauptkernländern Deutschland und Frankreich zunehmend zu Dissonanzen, seit deutlich wird, daß Frankreich den Referenzwert von 3,0% für das Defizitkriterium 1997 überschreiten wird. Der französische Finanzminister Strauss-Kahn geht gegenwärtig von 3,4% aus. Besonderen Pfeffer erhält dieser Streit zwischen Bonn und Paris dadurch, daß aus Bayern Druck auf die Bundesregierung ausgeübt wird, auf der punktgenauen Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu bestehen.

Der französische Parlamentspräsident kritisierte dies als „Dezimalfetischismus“, mit gewissem Recht, denn eine strikte Vertragsauslegung bedeutet keineswegs die Festlegung auf die letzte Kommastelle. Es

zeigt sich, daß es für die Interpretation der Eintrittsvoraussetzungen zur WWU Anfang 1999 wichtig gewesen wäre, die erste Konvergenzprüfung, die bis Ende 1996 vertragsgemäß anstand, seriös als echten "Probelauf" durchzuführen und die einzelnen Kriterien sauber durchzudeklinieren und im Ensemble zu bewerten (R. Jochimsen). Darauf hatte man bewußt verzichtet, um sich alle politischen Spielräume offen zu halten.

Die erneute Bestätigung des WWU-Termins in Amsterdam, das politische Axiom französischer WWU-Mitgliedschaft von Anbeginn, das politische Abstimmungsverfahren über die Mitgliedschaft und die weitgediehene technische Vorbereitung auf den Euro – all das läßt auf eine große Währungsunion schließen, wie sie auch die sechs großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahr dieses Jahres prophezeiten. Deutschland muß wohl Abschied nehmen von der Vorstellung einer kleinen Stabilitätsunion. kr

Transatlantischer Handel Konsens und Konflikt

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Denver haben die Europäische Union und die Vereinigten Staaten (und Kanada) eine Reihe von Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsverfahren geschlossen. Dies ist ein bedeutender Liberalisierungsschritt im transatlantischen Handel, der kostspielige Doppelprüfungen und Reisen von Inspektoren über den Atlantik erübrigt und die Markteinführung der Produkte beschleunigt. Die von den Abkommen erfaßte Produktpalette reicht von der Informationstechnik über medizinische Geräte und Arzneimittel bis hin zu Freizeitbooten. Das entsprechende Handelsvolumen beträgt knapp 50 Mrd. US-\$, d.h. nahezu ein Fünftel des gesamten EU-US-Handels. Die Kostenersparnis für Unternehmen wird auf etwa 1,4 Mrd. US-\$ geschätzt.

Indes bleiben Unterschiede in den Produkt- und Verfahrensstandards selbst von den Abkommen unberührt. Daß hier noch beträchtliches Konfliktpotential besteht, zeigt gerade wieder der Streit über hormonbehandeltes Rindfleisch, für das die Europäische Gemeinschaft 1989 ein Importverbot verhängte, begründet mit der Notwendigkeit des Verbraucherschutzes, worauf die USA mit handelspolitischen Gegenmaßnahmen reagierten. Ein WTO-Panel hat jetzt die amerikanische Position unterstützt: es gebe keine wissenschaftliche Evidenz, die auf Gefahren für die menschliche Gesundheit aus der Hormon-

verwendung in der Kälberaufzucht hindeute. Wenn, womit zu rechnen ist, ähnlich auch in der Berufungsinstanz geurteilt wird, müßte die EU das Importverbot wieder aufheben. Sollte sie dies nicht tun, wären die USA zu Vergeltungsschlägen berechtigt. Eine solche harte Linie, die vor allem von Frankreich verfochten wird, könnte nicht nur der EU selbst schaden, sondern auch die Autorität der WTO in Frage stellen, die gerade auf dem Gebiet der Streitschlichtung bisher hervorragende Arbeit geleistet hat. ko

Rußland Stärkere Einbindung

Die offizielle Teilnahme Rußlands am diesjährigen Gipfeltreffen der sieben führenden Industrienationen (G-7) in Denver bildete den bisherigen Höhepunkt der westlichen Bemühungen, Rußland stärker in die internationale Zusammenarbeit einzubinden. Zum ersten Mal war der russische Präsident Jelzin von Beginn an bei der in „Gipfel der Acht“ umbenannten Zusammenkunft dabei. Zum gleichberechtigten Mitglied ist er dennoch nicht aufgestiegen; von der Sitzung, auf der wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Fragen behandelt wurden, blieb Rußland ausgeschlossen.

Aus wirtschaftlicher Perspektive wird Rußland noch auf längere Sicht kein vollwertiger Teilnehmer sein können, obwohl mit der Einladung Jelzins zum Treffen auch die Anerkennung der bisherigen Leistungen der Russischen Föderation bei der Transformation in eine Marktwirtschaft verbunden ist. Hervorzuheben sind die russischen Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation und die erreichte Stabilität des Rubel-Kurses. Gleichwohl steht das Land vor gewaltigen Problemen. Insbesondere die schlechte Finanzlage des Staates stellt ein erhebliches Konfliktpotential dar. Wesentlicher Hinderungsgrund für eine vollwertige Mitgliedschaft ist vor allem auch der Umstand, daß Rußland auf Kredite und Programme des IWF angewiesen ist.

Bei dem im Vorfeld des Treffens vereinbarten Beitritt des Landes zum „Pariser Club“ der Geberländer, in dem sich die Staaten mit Problemforderungen zusammengeschlossen haben, bildete die Situation Rußlands als Großschuldner aber letztlich kein Hemmnis. Für die westlichen Industrieländer hat die Integration Rußlands in die Weltwirtschaft und deren Institutionen hohe Priorität; die Gründe für seine Aufnahme in den Kreis der wirtschaftlich stärksten Staaten waren weniger ökonomischer als politischer Natur, wobei nicht zuletzt das russische Entgegenkommen bei der Nato-Osterweiterung den Weg ebnet hat. sr